

## Mein Abstimmungsverhalten auf der Ratssitzung am 16.06.2011

1. Zahlreiche Vorlagen mit den Tagesordnungspunkten 16, 19, 21, 22, 24, 25, 26 beinhalten Gebührenanpassungen bzw. Gebührenerhöhungen, die ich generell ablehne. Der Hauptgrund dafür ist neben einer teilweise überhöhten Anpassung vor allem der Umstand, dass diese Erhöhungen teilweise auf Vorschläge der KGSt im letzten Jahr zurückgehen, die Vorschläge für eine Haushaltskonsolidierung mit der Verwaltung erarbeiten sollte. Dies geschah im „AK Rat und Verwaltung“, dem nur Fraktionen angehören sollten. Keinerlei Protokolle, etc. liegen bisher über die dort hinter verschlossener Tür gefassten Absprachen zwischen den Fraktionen und der Verwaltung vor. Dies war ein Grund, weshalb ich auch den zweiten überarbeiteten Haushalt 2011 abgelehnt habe, dessen Vorabsprachen vornehmlich im Ältestenrat wiederum nur unter den Fraktionen getätigt wurden und wiederum ohne Protokolle. Der gleiche Grund lässt mich nun diese Vorlagen unterschiedslos ablehnen.
2. Der Bericht zur Grünanlagen- und Spielplatzsatzung ist reines Showlaufen der Fraktionen. Es gibt hier nichts zu entscheiden, weil die Satzung zuerst einmal von der Verwaltung überarbeitet werden muss, bevor sie (erneut) in den Stadtrat zur Beschlussvorlage eingereicht werden kann. Meine Meinung dazu habe ich vor einiger Zeit schon publiziert (vgl. Schnapsidee der Verwaltung).
3. Die Vorlage 150/2011 „Beförderung der Grundschulkinder aus dem Wohngebiet Feyen/Weismark zur Grundschule Matthias“ ist nicht ohne einen Verweis auf den Antrag der CDU zum Thema „Wohnortnahe Versorgung im Grundschulbereich sichern,“ zu sehen. In der Vorlage 150/2011 geht es darum, dass Grundschüler die Rückfahrt von der Grundschule Matthias zurück nach Feyen in einem Kleinbus von der Stadt ersetzt bekommen sollen, weil ihre Eltern so kooperativ waren, die Kinder freiwillig nach Matthias zu schicken, obwohl sie ein Anrecht für eine „wohnortnahe Grundschule“ gehabt hätten, die allerdings überlastet ist. Ähnliches zeichnet sich auch in Tarforst ab. Hier aber gilt es als „unzumutbar“, wenn Eltern ihre Kinder in eine benachbarte Grundschule schicken sollen. Deshalb wendet sich die CDU gegen eine moderate Veränderung der Schulbezirksgrenzen, die aber mit der Dezernentin Frau Birk zumindest um den Grundschulstandort Kürenz zu erhalten durchaus auch angebracht wurde. Gleichermäßen könnte die Grundschule Olewig davon profitieren, wenn Eltern aus Torfost dem Beispiel in Feyen folgen würden. Der Kostenerstattung zur Grundschülerbeförderung durch einen Kleinbus stimme ich zu, den die Schulbezirksgrenzen müssen moderat flexibel gehalten werden können, damit nicht unnötig Nachbarschulen geschlossen werden müssen, bei gleichzeitigem Schulneu- oder Erweiterungsbauten in Bezirken, die in einigen Jahren selbst wiederum ohne übermäßig viele eigne Grundschulkinder auskommen müssen.
4. Dem Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan BN 79 „Ausbau Loebstraße“ stimme ich vorbehaltlos zu. – Es wird Zeit!
5. Bei einigen Personalangelegenheiten werde ich auf meine Anfrage während der letzten Ratssitzung in Bezug auf die Gleichstellung von Männern in Erziehungs- und Sozialberufen hinweisen und darum bitten, den Zusatz in den entsprechenden Stellenausschreibungen einzufügen: „Bei gleicher Qualifizierung werden Männer und Schwerbehinderte bevorzugt.“

6. Dem Beschluss einer Veränderungssperre im Bebauungsplan BK 27 Tabaksmühle stimme ich freilich zu.
7. Der Beschluss über die öffentliche Auslegung im Bereich der „Kaserne Castelnau“ geht für mich in Ordnung.
8. Zum vorgesehenen Bebauungsplan BN 74 Moselufer nordöstlich des Verteilerkreises (191/2011) benötige ich noch einige Informationen, die mit der Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes in Trier (Vorlage: 044/2011 Sortiment) zusammenhängen.
9. Der Antrag der SPD-Fraktion zum beschleunigten Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur in Trier geht in Ordnung. (Allerdings widerspreche ich der Auffassung (der SPD?), dass der Bau einer ‚Nordbrücke‘ erste Priorität haben müsse, weil die Verwendung der Gelder für diese Brücke aus meiner Sicht kontraproduktiv zum ÖPNV-Ausbau zu sehen sind. Wahrscheinlich kalkuliert die SPD: Wenn schon die West- und Nordumgehung verhindert worden sind – vorausgesetzt! -, dann können durchaus Gelder des Bundes für die Nordbrücke akquiriert werden. – Das aber sehe ich anders.)
10. Der Antrag der Grünen zur „Förderung des Mittelstandes“ ist nachvollziehbar und findet meine Unterstützung.
11. Im Antrag der CDU zur Liveberichterstattung aus dem Rathaus sehe ich einen Widerspruch zum Verhalten einer breiten Mehrheit (quer durch die Fraktionen), den Einzelmandatsträger/innen die Protokolle des Beratungen des ‚Ältestenrates‘, der ‚AG Rat und Verwaltung‘ sowie eine zeitnahe Übermittlung der Sitzungsprotokolle der Dezernatsausschüsse für meine Arbeit als Stadtrat zur Verfügung zu stellen. Was soll also eine populistische Liveübertragung, um Bürgernähe zu suggerieren, wenn gleichzeitig eine vernünftige Arbeit derjenigen Ratskollegen verunmöglicht wird, die keinen Ausschüssen angehören dürfen sollen?
12. Einer Vorabgenehmigung zur Video-, Bild- und Tonaufzeichnungen verweigere ich mich auf dieser Ratssitzung ebenso aus den gleichen Gründen wie oben unter Punkt 11. dargestellt!
13. Der Antrag der SPD zur „Erstellung von Leitlinien der Kulturpolitik“ in Trier ist ein begrüßenswerter Anfang, der von mir unterstützt wird. Im Detail wird noch einiges zu klären sein. Zur alternativen Finanzierung kultureller Belange siehe meinen Beitrag „Kommunale Kulturfinanzierung“ auf dieser Homepage.

Johannes Verbeek

Trier, den 10.06.11